

# Danziger Zeitung.

Nr. 20201.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1893.

## Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten auswärtigen Abonnenten bitten wir, die Bestellungen auf die „Danziger Zeitung“ für das nächste Quartal rechtzeitig aufzugeben, damit keine Unterbrechung in der Versendung eintritt. Die Postanstalten befördern nur so viele Exemplare, als bei denselben vor Ablauf des Quartals bestellt sind.

In der Zeitungs-Preisliste pro 1893 ist die „Danziger Zeitung“ aufgeführt unter Nr. 1523.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an. Der Abonnementspreis beträgt für die mit der Post zu versendenden Exemplare pro III. Quartal 1893 3 Mk. 75 Pf. excl. Bestellgeld, für Danzig durch die Expedition incl. Bringerlohn 4 Mk. 10 Pf. Abgeholt kann die Zeitung werden für 3 Mk. 50 Pf. pro Quartal von der Expedition und den einzelnen Abholstellen.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß für das bevorstehende Quartal u. a. der Roman

„Auf heiligem Boden“, von D. Ernst, ferner

„Der Preuse vor Danzig“, Erzählung von B. Sturmholz (aus der Zeit der Besetzung Danzigs durch die Preußen).

„Der friesische Graf“, Novelle von Karl Ludwig, bereits zur Veröffentlichung durch die „Danziger Zeitung“ erworben worden ist. Außer in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 4, haben wir nachfolgende Ausgabestellen eingerichtet:

Rechtstadt.

Bäckergasse, Große Nr. 1 bei Herrn J. Bindel. Breitgasse Nr. 71 bei Herrn M. J. Zander. 89 „ „ „ A. Kurovski. Bröbbänkengasse Nr. 47 bei Herrn E. Hempf. 3. Damm „ „ „ W. Machwitz. Fischmarkt „ „ „ C. Röhl. „ „ „ Gebr. Dentler. Frauengasse „ „ „ Wilh. Goerk. Heil. Geistgasse „ „ „ Alb. Groß. „ „ „ Otto Böslar. „ „ „ Mag. Lindenblat. Höfmark „ „ „ von Glinski. Hundegasse „ „ „ Gust. Jäckle. Junkergasse „ „ „ Richard U. Kohlenmarkt „ „ „ Herm. Lehmer. Langenmarkt 24 (Grünes Thor) bei Herrn Franz Weißner. Langgasse 4 bei Herrn J. M. Aufsichts.

Altstadt.

Altstadt. Graben Nr. 69/70 bei Herrn George Gronau. Faulgraben „ „ „ B. D. Aliewer. Hassibischer Markt „ „ „ R. Beier. Annpelgasse „ „ „ A. Winkelhausen. Paradiesgasse „ „ „ C. Raddatz. Pfefferstadt „ „ „ Alb. Wolff. Krambau Nr. 8 bei Herrn A. Labuhn. Schüsseldamm „ „ „ J. Trjinski. „ „ „ H. Streblau. Segeon hohe „ „ „ T. H. Wolff. Lischergasse „ „ „ Bruno Ediger.

Innere Vorstadt.

Fleischergasse Nr. 29 bei Herrn J. M. Kowalik. Holzgasse „ „ „ R. Wissnerowski. Castade Nr. 15 bei Herrn A. Dombrowski. Poggenpohl „ „ „ R. Zielke. Poggenpohl Nr. 73 bei Herrn A. Kirchner. Mottlauergasse „ „ „ Alb. D. Aliewer.

## Meine Mutter hat's gewollt.

Novelle von M. Buchholz. Guse preßte die Hand auf ihr heftig klopfnendes Herz. Wie das stürmte und klopfte vor Mitleid und Liebe! „Gieb mir Kraft, mein Gott“, beteten unhörbar ihre Lippen, „dass ich ohne Gewissensqual dieser Stunde später gedenken darf.“ Sie erhob sich, wie von einer Angst getrieben, trat an das Geländer der Veranda und sah hinüber nach dem jetzt schon dunkel daliegenden Walde, der wie mahnend seine Zweige bewegte, als wollte er die junge Frau warnen, ihrer alten Liebe nachzugeben, und zwei heiße Thränen fielen aus ihren Augen. —

„Gnädige Frau“, sprach Gerhard endlich, „ich hätte eine Bitte an Sie, würden Sie mir wohl ein Lied vor singen? — Ich möchte Sie so gerne noch einmal singen hören.“

Guse wandte sich schweigend um, sie schritten in den Salon zurück, beide so schweigsam, als fürchteten sie sich ihrer eigenen Worte. Schweigend setzte sich auch Gerhard in einen Sessel, während Guse sich dem Notenpult zukehrte, endlich ein Lied vorzog, es auffochl und zu singen begann, mit einem so wunderbar ergreifenden Ausdruck, als wollte sie ihrem Hörer durch diese Worte alles sagen, was sie ihm doch eigentlich nicht sagen durfte.

„Meine Mutter hat's gewollt“, klang es von ihren Lippen, wie eine herzergreifende Klage, wie mit Thränen erstickter Stimme.

Als Guse begann, war Ulrich in das Nebenzimmer getreten. Eine ihm selbst unbekreifliche Unruhe hatte ihn früher als seine Begleiter nach Hause getrieben, die in ihrer Jagdeilenschaft ihren Wirth gebeten hatten, doch nicht auf sie mit Abendbrod zu warten. Nun, da er seine Frau singen hörte, wollte er nicht durch sein Eintreten stören und blieb, von beiden unbe-

## Speicherinsel.

Hopfengasse Nr. 95 bei Herrn H. Mantueller.

## Niederstadt.

Grüner Weg Nr. 5 bei Herrn William Hink. Langgarten „ „ „ P. Pawlowski. „ „ „ F. Lillenthal. „ „ „ Carl Skibbe. Schwalbengasse Gr. Nr. 6 b. Hrn. F. M. Nöbel, Meierei. 1. Steindamm Nr. 1 bei Herrn Theodor Dits. Thornischer Weg Nr. 5 bei Herrn H. Schiecke. Weidengasse Nr. 32a bei Herrn V. v. Rolkow.

## Außenwerke.

Berggasse, Große Nr. 8 bei Herrn Schipanski Nachfl. Hinterm Lazareth „ „ „ R. Dingler. Kneipab Nr. 9 „ „ „ W. Witt jun. Krebsmarkt Nr. 3 „ „ „ F. Bocher. Petershagen a. d. Radaune Nr. 3 bei Herrn Alb. Bugdahn. Sandgrube Nr. 36 „ „ „ C. Neumann. Schwarzes Meer Nr. 24 bei Herrn Schülz, Meierei.

## Langfuhr.

Langfuhr Nr. 38 bei Herrn R. Witt (Posthorn). „ „ „ Georg Mehling. „ „ „ Gustav Hanisch.

## Öhra-Stadtgebiet.

Stadtgebiet Nr. 1 bei Herrn F. Lewanczyk. „ „ „ G. Löffel. Öhra Nr. 161 bei Herrn M. A. Tilsner. „ „ „ E. Drews.

## Schidlik.

Schidlik Nr. 78a bei Herrn Friedr. Zielke. „ „ „ G. Claassen. Schläpke „ „ „ Alb. Keitel. Emaus „ „ „ A. Muthreich.

## Neufahrwasser.

Aleine Straße bei Herrn A. Linde. Sasperstraße 5 „ „ „ Georg Biber. Marktplatz „ „ „ P. Schulz. Westerplatte „ „ „ A. W. Prahl.

Die Abonnementsharten für die Vorstädte bitten wir bei den betreffenden Abholstellen dagegen zu lösen.

## Expedition der „Danziger Zeitung“.

Telegramme der Danziger Zeitung. Berlin, 29. Juni. (W. L.) Nachdem auch die Wahl in Rothenburg, wo Hilpert (Bauernbund) gegen den bisherigen Vertreter Keller (nat.-lib.) die Majorität erhalten hat, bekannt ist, stehen nunmehr sämmtliche 397 Wahlresultate fest, und zwar wie folgt:

Es sind gewählt:	gegen den bisherigen Bestand:
Conservative . . . . .	75 + 10
Reichspartei . . . . .	23 + 5
Nationalliberale . . . . .	53 + 12
Frei. Vereinigung . . . . .	14 - 29
Frei. Volkspartei . . . . .	24 -
Güld. Volkspartei . . . . .	11 + 1
Centrum . . . . .	96 - 12
Bairischer Bauernbund . . . . .	3 -
Welsen . . . . .	7 + 3
Polen . . . . .	19 + 2
Dänen . . . . .	1 -
Elsässer . . . . .	10 -
Antisemiten . . . . .	17 + 11
Socialdemokraten . . . . .	44 + 8

Berlin, 29. Juni. (Privattelegramm) Nach der National-Itg. gilt die Überweisung der Militärvorlage an eine Commission für wahrscheinlich. Die Sessoin dürfte drei Wochen dauern.

— Der „Kreuztg.“ wird aus Paris gemeldet: Es verlautet gerüchtweise, daß in den nächsten Tagen der englisch-russische Meistbegünstigungsvertrag abgeschlossen werden werde.

merkt, in der Thür zwischen den Portieren stehen.

„Meine Mutter hat's gewollt, Einem andern ich nehmen sollt — Was ich zuvor besessen, Das sollt' ich nun vergessen, Das hab' ich nicht gekonnt! —

Der letzte Vers der Strophe hatte nur wie ein Aufschlagchen geklungen, sie ließ die Hände von den Tasten gleiten und sah mit einem flehenden, unbeschreiblichen Blick zu Gerhard hinüber, der aufgesprungen war und zu ihr eilen wollte; aber Ulrich, den es wie eine plötzliche Ahnung überkam, daß es Waplich sei, den Guseanne früher geliebt hatte, kam Gerhard zuvor, und ihn mit einem hochmütig zornigen Blick streifend, trat er auf seine Frau zu, die ihn wie mit ersterbenden Augen ansah und dann ohnmächtig in seine Arme sank.

Ulrich trug Guseanne ohne ein Wort zu sagen hinaus, legte sie auf das Kuhbett in ihrem Schlafzimmer nieder und blieb bei ihr, bis sie endlich mit einem verständnislosen Blick die Augen aufschlug. Dann klingelte er nach einem Mädchen und befahl derselben, bei der gnädigen Frau zu bleiben, und Guse Anne mit einem traurigen Blick streifend, sagte er kühl:

„Ich denke, es ist das Beste, du gehst zu Bett; nach dem anstrengenden und aufregenden Tage wird die Ruhe gut sein.“

Es klang etwas wie leise Ironie durch Ulrichs letzte Worte, und Guse Anne, die mit ihrer ganzen Kraft danach rang, über das letzte Geschehne klar zu werden, fuhr bei diesen Worten mit plötzlichem Erinnern empor und ihm ihre Arme entgegenstreckend, rief sie wie verzweifelt „Ulrich!“ aber dieser wendete sich ruhig ab und verließ das Zimmer.

In makroser Aufregung war Gerhard während dessen im Wohnzimmer zurückgeblieben; was hatte Guse Anne durch das Lied sagen wollen?

## Politische Übersicht.

Danzig, 29. Juni.

## Für und wider die Militärvorlage.

Von den in 396 bekannten Wahlen gewählten Abgeordneten sind, der „Nord. Allgem. Itg.“ zufolge, 205 für den Antrag Huene, 191 gegen denselben. Alle diese Berechnungen aber über die Haltung des Reichstages zur Militärfrage bedürfen doch noch einer Nachprüfung. Die bisher angegebenen Ziffern können nur als relativ richtig angesehen werden. Es trifft zu, daß eine Majorität die Verständigung ernstlich erstrebt, aber wenn die „Kreuztg.“ sich so anstellt, als ob die Wünsche ihrer Freunde dabei durchweg maßgebend sein werden, so irrt sie. Über die Haltung der 19 Polen verlautet noch nichts bestimmtes. Vorläufig kommt ja noch nicht einmal die Vorlage der Regierung.

## Der Rückzug der Agrarier.

Die Agrarier fangen nachgerade an, zu fürchten, daß sie sich mit der Opposition gegen den Handelsvertrag mit Russland in ihrer eigenen Schlinge gefangen haben. Ihr Schicksal wäre dann ein wohlverdientes. Als im Jahre 1892 in Folge der guten Ernte die Getreidepreise sanken, haben sie diese natürliche Consequenz der Ernte-Verhältnisse auf die Herabsetzung der Getreidejölle um 1,50 Mk. zurückgeführt, um gegen den verhaften Reichskanzler agitieren zu können. Lediglich zu agitatorischen Zwecken gaben sie dann die Parole aus: keine neuen Handelsverträge und vor allem kein Handelsvertrag mit Russland und Rumänien, obgleich beispielweise die bekannte Petition der landwirtschaftlichen Vereine der Provinz Sachsen, welche zu der landwirtschaftlichen Debatte im Abgeordnetenhaus führte, offen eingestand, daß trotz des Differentialzolls gegen Russland der Getreidepreis im Osten zum mindesten nicht höher stehe als in Berlin. Wenn aber der Differentialzoll das russische Getreide nicht verheuer, so kann die Aufhebung des Differentialzolls nicht mit der Begründung bekämpft werden, daß dadurch der Getreidepreis um den entsprechenden Zollbetrag sinken werde. Gleichwohl protestierten die Agrarier mit Leidenschaft gegen die Aufhebung der Differentialzölle. Und das ist nicht unwahrscheinlich, daß die Forderungen, von deren Billigung die Reichsregierung den Abschluß eines Handelsvertrages mit Russland abhängig gemacht hat, durch den Lärm, den die Agrarier im Reichstage und Abgeordnetenhaus vollführten, gesteigert worden sind. Man fühlte das Bedürfnis, dem Reichstage eine wesentliche Ermäßigung der russischen Grenzzölle präsentieren zu können, um dadurch die Agrarier zu entzweit. Die thatthähliche Wirkung ist die gewesen, daß Russland sich geweigert hat, so weit gehende Forderungen zuzugestehen und daß die Regierung, wenn sie nicht den Schein haben will, berechtigte Forderungen preiszugeben, es lieber auf einen Zollkrieg mit Russland ankommen läßt, als daß sie auf unerreichbare Compensationen verzichtet. Man sollte nun meinen, die Agrarier seien am Ende ihrer Wünsche angekommen.

Nach Berichten russischer Blätter ist die dortige Regierung bereit, die im Interesse der deutschen Exportindustrie gestellten Forderungen zu gewähren, wenn Deutschland eine Ermäßigung der Getreidejölle unter einen Satz von 3,50 Mk. zugesieht; für die Aufhebung der Differentialzölle aber würde sie nur die Festlegung der jetzigen russischen Grenzzölle anbieten. Bleibt die russische Regierung dabei stehen, so kommt der Handelsvertrag nicht zu Stande und der Zollkrieg steht bevor. Was dann kommt, hat der Bericht

hatte sie ihm durch dasselbe gestehen wollen, daß sie ihn nicht vergessen, ebenso wenig wie er sie? — „Meine Mutter hat's gewollt“, klang es ihm wieder in seinen Ohren, so herzerreibend, so wehmuthsvoll, wie sie es kurz zuvor gesungen. Hatte wirklich diese sanfte, liebevolle Mutter es gewollt, daß die einzige Tochter nicht den wählen durfte, den sie liebte? — aber warum das? — warum? — weil der Vater es nicht wollte; oder war er zu arm, und der andere Freier, der gewiß wohlhabender war als er, (der ganze großartige Aufschwung des Hauses ließ darauf schließen) war der Mutter annehmbar erschienen? — Aber Guse Anne? — wie hatte die sich fügen, wie ohne Kampf ihn aufgeben können, ohne nur ein Wort, ein armseliges Wort des Trostes, des Abschiedes auf seinen Brief zu haben! — Wer ihm die Frage beantworten, wer ihm das Rätsel lösen könnte? — Nun ja, ihr Mann, Ulrich Nordhausen, der konnte es ihm sagen, er, der ihm sein Liebtestes geraubt, ihm sein Glück zerstört hatte!

Nordhausen schien Guse auf Händen zu tragen, es hatte ihm eine namenlose Qual diesen ganzen Nachmittag bereitet, das Glück der beiden mit anzusehen zu müssen. Er hatte sich im Stillen selbst gejährt, dies Wiedersehen nicht vermieden, sich nicht erspart zu haben, es sehen und sich sagen zu müssen, daß ihn Guse, wenn sie ihn wirklich gerne gehabt, auch längst vergessen hätte.

Nun kam der Abend und brachte ihm das Alleinsein mit ihr, und als sie das Lied sang, als sich ihr todestrauriger Blick ihm zuwandte, da wußte er plötzlich mit ahnungsvoller Bestimmtheit, daß er ihrem Herzen nicht fremd geworden, daß sie ihn nicht ohne Kampf aufgegeben, daß sie nicht so glücklich war, wie er sie an Nordhausen gesehen hatte.

Nordhausen! Der Gedanke kam ihm plötzlich, was der sagen würde, wenn er ihm nun wieder gegenübertrat? Daß er sein Geheimnis mit

der Vorsteher der Kaufmannschaft über „Stettins Handel, Industrie und Schiffahrt im Jahre 1892“ mit größter Alarheit dargelegt. Es heißt darin:

„Sollten sie (b. h. die agrarischen Agitationen) Erfolg sein und die russische Regierung dadurch zur Einführung von Differentialzöllen auf deutsche Industrieerzeugnisse vernichtet werden, so verlor die deutsche Industrie nicht nur die Aussicht auf Erweiterung ihres Abschlusses nach Russland, sondern voraussichtlich auch im größten Theil des bisherigen. Die Warenausfuhr im Jahre 1891 aus Deutschland nach Russland mit Ausschluß der Edelmetalle berechnete die Reichsstatistik auf 262 Mill. Mark. Dem deutschen Handel entgingen sowohl die Beförderung von Industrieprodukten nach Russland, wie diejenige von ausländischen Rohstoffen, welche zur Herstellung dieser Industrieprodukte erforderlich gewesen wären, nach Deutschland.“

Die Verantwortlichkeit für diese Folgen ihrer Heute gegen den Vertrag mit Russland zu übernehmen, fragen, wie es scheint, sogar unsere Agrarier Bedenken. Russland meint die „Kreuzzeitung“, wartet nur ab, wie sich die Ernte in Mitteleuropa und die Getreidepreise im Herbst gestalten. Zeigen die Preise nach der Ernte eine erhebliche Steigerung nach oben, dann wird man den Kampf in Kraft treten lassen, von der Erwartung ausgehend, daß es der deutschen Reichsregierung alsdann recht schwer fallen könnte, mit der Erhöhung eines Aufschlages von 50 proc. auf russisches Getreide zu erwideren. In diesem Falle empfiehlt die „Kreuztg.“, die vor einigen Tagen noch so kampflustig war — nicht den Abschluß eines Handelsvertrages unter jeder Bedingung, sondern, wie schon erwähnt, — die zeitweise Aufhebung der Getreidejölle. „Dabei“, meint sie, „würde zwar auch Russland seine Wünsche erfüllt sehen, aber doch nur vorübergehend, nicht auf lange Jahre; wir aber hätten nicht nötig, uns zu unterwerfen, während wir andererseits doch das erreichen würden, worauf es unter Umständen ankommen kann, um die Ernährung des Volkes zu sichern, Hungerpreise zu vermeiden.“

Man sieht, den Agrariern sängt es, trotz aller Erfolge des Bundes der Landwirthe an, unheimlich zu werden. Ist es ihnen Ernst mit der eventuellen Suspensionsförderung der Jölle, so werden sie im Reichstage den Antrag einbringen, dem Bundesrat die erforderlichen Vollmachten zu erteilen.

Die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die Staffeltarife für Getreide und M

der Tarife interessirt ist, wird gegenüber dem Westen und Süden den Prozeß gewinnen. Aufällig erschien, daß Minister Thiele sich über die „Analisten“, wie er die Gegner der Staffeltarife nannte, stark abfällig ausprach. Die Gegner wollten einen Mittellandkanal, von dem aber der Minister behauptete, daß er neue, heute noch gar nicht zu übersehende Verschlebungen in unseren Produktionsverhältnissen nach sich ziehen würde. Über die Sache selbst braucht man nicht zu streiten; aber diese Nebenbemerkung steht doch in einem merkwürdigen Widerspruch mit den günstigen Nachrichten über das Mittelkanalprojekt, die seit dem Personenwechsel im Arbeitsministerium auf der Tagesordnung sind. Für den Fall eines Zollkrieges mit Russland ist die Bemerkung des Ministers nicht ohne Interesse, daß das, was zur Zeit an amerikanischem Getreide für unseren Markt bestimmt ist, theils schwimmend, theils consigniert, dem Betrage unserer ganzen 1892er Ernte gleichkommt. So sei ihm berichtet worden.

**Das Herrenhaus**  
übertrifft sich in der That selbst. Auch das Ergänzungsteuer-, zu deutsch Vermögenssteuer-gefecht ist in einer einzigen Sitzung und ohne jede Abänderung angenommen worden. Der einzige von der Bürgermeisterpartei gestellte Abänderungs-antrag, die Herausziehung der Lebens-, Kapital- und Rentenversicherungen zur Steuer, wurde abgelehnt, mit der üblichen Motivirung, man dürfe das Zustandekommen der Steuerreform wegen solcher Appallien — Zwischenfassen, sagte Frhr. v. Schorlemer — nicht in Frage stellen. Das Volksschulgesetz wurde so nebenbei abgethan. Aus der Debatte ist nur die Bemerkung des Herrn v. Ritting charakteristisch: es fehle in Preußen nicht an Gelegenheit, etwas zu lernen, wohl aber an — Erziehung. Derselbe Herr leistete auch den Satz: Manchmal schiene es, als hätten wir keine Regierung, wenn die Leute sähren, kriegen sie wie ungezogene Kinder Zuckerbrot. Natürlich meinte Herr v. Ritting damit nicht die nothleidenden Landwirthe, sondern — die Lehrer. Jetzt ist nur das Communalsteuergesetz noch rückständig, über welches sogar ein schriftlicher Commissionsbericht vorliegt.

**Die Beurlaubung von Soldaten während der Ernteszeit**  
ist eine von der Landwirtschaft in früheren Jahren stets mit Dank empfundene Gesplogenheit der Militärverwaltung, welche der Landwirtschaft bei ihrer gegenwärtigen Notlage in noch höherem Maße als sonst zu Statten kommen wird. Dem Vernehmen nach sind die Regiments- und Bataillonscommandos von zuständiger Stelle bereits angewiesen worden, Soldaten zur Unterstützung ihrer Angehörigen bei der Ernte, soweit die dienstlichen Interessen dies gestatten, in die Heimath zu beurlauben.

#### Der Ablauf des Handelsabkommens mit Spanien

steht nach einem offiziösen Artikel der „Aöln. Zeitung“ bevor. Bekanntlich ist der deutsche Handelsvertrag mit Spanien vom 12. Juli 1883 seit dem 1. Februar 1892 abgelaufen. Seitdem bestehen vorläufig immer nur auf wenige Monate sich erstreckende Abkommen, deren Inhalt sich zur Zeit dahin zusammenfassen läßt, daß die spanischen Boden- und Industrie-Erzeugnisse bei der Einfuhr in Deutschland die Meistbegünstigung genießen, während den deutschen Waaren bei der Einfuhr nach der spanischen Halbinsel und den umliegenden Inseln die Gleichstellung mit allen übrigen Ländern und bei der Ausfuhr nach den Inseln Cuba und Portorico, sowie nach den Philippinen die Gleichstellung wenigstens mit den übrigen europäischen Ländern gesichert ist. Neuerdings sind keine Nachrichten eingelaufen, die auf nennenswerte Fortschritte der Verhandlungen schließen lassen. Damit hat sich die Hoffnung auf ein baldiges Zustandekommen des neuen Vertrages als trügerisch erwiesen. Da nun das heutige Abkommen in wenigen Tagen ablaufen wird, so werden unsere Kaufleute, wie die „Aöln. Ztg.“ schreibt, sich wohl garnach richten müssen, daß vom 1. Juli an für die spanische Einfuhr nach Deutschland der autonome deutsche Zolltarif zur Anwendung kommen wird.

Der autonome deutsche Tarif ist namenlich für Weine, Süßfrüchte, Korkwaren u. s. w. erheblich höher als der Vertragstarif.

#### Conflicte auf Samoa.

Auf Samoa stehen neue kriegerische Verwickelungen zwischen dem König Malatao und einem Gegner Mataaffa bevor. Letzterer hat neineswegs seine Herrschaftspläne ausgegeben, sondern tritt offenbar wie je damit hervor und hat mit Gewalt vom Bezirk Matie Besitz ergriffen und zugleich die königliche Würde angenommen. Demgegenüber hat die samoanische Regierung die drei Consuln verständigt, daß für nächste Zeit ein Angriff auf Mataaffa und seine Anhänger geplant sei.

einst aufgab, nun aber nach Jahren kommt, keck in mein Häus tritt und da es seiner Laune wieder einmal paßt, alte Wunden wieder aufreißt.“

„Halten Sie ein“, rief Gerhard, der mit starren Augen Ulrich wie entsezt angesehen hatte, „halten Sie ein, ich verstehne kein Wort von allem, was Sie da sagen. Daf ich Guse geliebt habe, das gebe ich zu, ja, ich habe sie geliebt, wie nichts weiter in dieser Welt; aber sie freiwillig in thöricht flatterhaftem Sinne ausgegeben, das habe ich nie! — ich habe um sie geworben treu und ehrlich. Als mich ihr Vater aus Gründen, die nicht hierher gehören, abwies, da erneuerte ich meine Werbung nach dessen Tode, da ich selbst von longer Krankheit genesen, in meine Garnison zurückkehrte, ich schrieb ihr und ihrer Mutter alles, gestand meine Liebe und bekam als einzige Antwort von ihrer Seite ihre Verlobungsanzeige, von ihrer Mutter einen Brief, in dem sie mich mit schönen Worten a. ihrer Tochter das Glück zu gönnen, das sie als Ihre Braut gefunden.“

Er lachte unfangbar bitter auf und fügte hinzu: „Daf Sie, Herr Oberförster, Guse liebten und lieben, ich glaube es war, aber Sie können dann auch wohl um so mehr verstehen, was ich litt, als die ich, die ich als ein Wesen höherer Art mit anbetender Leidenschaft umfaßt hielt, sich nach wenigen Monaten einem Anderen jungein sah, der nichts vor mir voraus hatte, als vielleicht den Reichthum!“

Gerhard hatte mit wachsender Erregung gesprochen. Jetzt trat Ulrich, der tief erblassen war, auf ihn zu, bot ihm die erst verweigerte Hand und sprach ernst:

„Wär kann ich es Ihnen heute, Herr Haupt-

#### Die Silberfrage in der Union.

Nach einer New Yorker Meldung des Reuter-schen Bureaus haben die von der indischen Re-gierung in der Währungsfrage ergrienen Maß-nahmen an der Minenbörse zu Denver allgemein drückend gewirkt. Mehrere Minen in Colorado werden voraussichtlich sich genötigt sehen, ihren Betrieb einzustellen.

Das Cabinet der Union hat mehrere Stunden über die Silberfrage berathen. Wie verlautet ist jedoch die Absicht, den Congress vor dem September einzuberufen, ausgegeben worden?

#### Die Ministerkrise in Argentinien.

Nach einer Meldung des Reuter-schen Bureaus aus Buenos-Aires dauert die Ministerkrise an. Jedoch wurde nur die Demission von vier Ministern angenommen. Oberst Balza wird das Kriegs-ministerium verwaltet; der Gesundheitszustand von Pellegrini ist zu wenig befriedigend, um denselben die Übernahme eines Portefeuilles zu gestatten.

#### Deutschland.

\* Berlin, 28. Juni. Der Großfürst-Thronfolger von Russland ist um 8½ Uhr hier eingetroffen und in der russischen Botschaft abgestiegen. Die Weiterreise erfolgt um 10¼ Uhr Abends.

Berlin, 28. Juni. Gestern Abend trat die Commission des Abgeordnetenhauses zur Berathung des vom Herrenhause angenommenen Gesetzentwurfs betreffend Stadtmeisterungen (Antrag Adikes) zusammen. Nach kurzer Befprechung stellte sich darin Übereinstimmung sämtlicher Commissionsmitglieder heraus, daß die große Wichtigkeit des Gegenstandes eine eingehende Berathung unumgänglich nothwendig mache, eine solche aber bei der voraussichtlich nur noch kurzen Dauer der Session unmöglich wäre. Ein Antrag, die weitere Berathung auszusetzen, wurde mit Mehrheit angenommen. Die Commission will wieder zusammentreten, falls eine Verlängerung der Session über die nächste Woche nötig werden sollte, wie sich schon in kurzem entscheiden muß.

Der Antrag Adikes wird unter den Tisch fallen, da der Schluß der Session am 4. oder 5. Juli bestimmt zu erwarten ist.

\* [Über unsere Kaiserin] drückt der Pariser „Figaro“ aus dem „Pall-Mall-Budget“ einen längeren Artikel nach, der, was die Person der böhen Frau betrifft, durchweg sympathisch gehalten ist und manches glaubwürdige Detail zu enthalten scheint. Der Verfasser schildert die Kaiserin als eine Frau von athletischer Statur und kraftvollem Naturell, als eine deutsche Frau, „deutsch an Leib und Seele, deutsch vom Fuß bis zum Kopf, deutsch bis ins Mark der Knochen“. Dabei sei sie eine Hausfrau durch und durch. Die Berliner hätten einst über ihre Vollkommenheit in der Kochkunst gespöttelt, da habe der Kaiser das charakteristische Wort gesprochen: „Es ist besser, eine Frau kann Pfannkuchen backen, als sie ist im Stande, über eine Verfassungsfrage mithurend.“ Die Bestellung der kaiserlichen Tafel sei denn auch eine ihrer wichtigsten Sorgen und der Küchenchef täglich der Erste, mit dem sie conserirt. Er schlägt den Speisejettel vor, und die Kaiserin prüft ihn mit „minutiöser Sorgfalt“. Nie fehlen beim Frühstück oder beim Diner etliche Lieblingsgerichte des Kaisers. Speisen mit französischen Namen sind verpönt. Die offiziellen Diners dauern je eine Stunde, keine Minute mehr oder weniger. Dabei bedient je ein Lakai für zwei Tischnäste. Strengste Aufmerksamkeit ist diesen natürlich geboten, und wer sich etwas zu Schulden kommen ließe, wäre am andern Tag eines Verweises seitens der hohen Frau gewiß. Für sich selbst gibt die deutsche Kaiserin keinen Pfennig mehr aus, als vordem die Kronprinzessin Wilhelm ausgegeben hat. „Ihr einiger Luxus sind ihre Kinder.“ Sie hübsch zu kleiden, sei ihr größtes Vergnügen. Nach Möglichkeit suche sie die unkleidamen Soldatenuniformen bei ihnen zu vermeiden. Die Gewänder für die kaiserlichen Prinzen werden unter den Augen der Kaiserin im Schlosse selbst gefertigt. Auf ihre eigene Toilette verwendet die Kaiserin nur bescheidene Sorgfalt, und es hieße ihr zu sehr schmeicheln mit der Behauptung, daß sie das Scepter weiblicher Eleganz in Händen halte. Sie habe im Gegentheil eine gewisse Vorliebe für sehr lebhafte Farben und glänzende Stoffe. Einmal, als der Kaiser in Wien gewesen, habe er seiner Gemahlin eine Robe mitbringen wollen und dabei den Rath der Kronprinzessin Stephanie eingeholt. Als die Wahl getroffen war, sah der Kaiser, daß eine zwei Meter lange Schleppe am Kleid war, und sagte: „Dies Kleid wird die Kaiserin nie tragen können, oder es ist sofort in Stücke gerissen; es hängen ja immer vier oder fünf Jungens an Ihren Röcken!“ — Zum Schluß theilt der Verfasser mit, daß die Kaiserin jeden Abend ihre Erlebnisse in ein verdeckliches Tagebuch einträgt, dessen Schlüssel sie nie aus der Hand gebe. Mit Jahres schlüß fände dies Tagebuch seinen Platz im Preisenschränke

mann, selber nicht erklären, wie es möglich war, daß Guse nie von Ihrem Brief erfuhr. Daf sie denselben nie erhielt, das glaube ich bestimmt versichern zu können; wenn Sie auch nie zu mir über Ihre Liebe zu Ihnen detaillierter gesprochen hat, so sage Sie mir damals, als ich um Sie warb, daß Sie einen Anderen liebte und nicht die Meine werden könnte. Als Sie mir Tags darauf dennoch Ihr Jawort gab, habe ich auf Ihren Wunsch nie diese Ihre frühere Liebe berührte, aber einem Tag vor unserer Trauung sagte Sie noch ungeschränkt Folgendes zu mir: „Habe Geduld mit mir, ich will dessen, der mich einst so schnell aufgab, nie mehr in Liebe gedenken, mein ganzes Leben, mein ganzes Sein und Denken soll fortan dir gehören!“

Aus diesen Worten werden Sie selbst, Herr v. Waplich, entnehmen können, daß Guse keine Ahnung davon gehabt hat, daß Sie ihr treu geblieben waren! Mir geht jetzt allerdings eine Ahnung auf, wie alles zusammenhängt, fuhr Ulrich nach einer Weile sinnend fort, „doch kann ich über meine Vermuthung heute noch nicht sprechen, habe ich Gewissheit darüber erlangt, so verspreche ich Ihnen alles mittheilen zu wollen, es wird Sie beruhigen, Guse unschuldig zu wissen, und ihrer ohne Vorwürfe gedenken zu können. — Lassen Sie uns nicht als Feinde scheiden“, sagte er weich, „wir haben beide Guse grenzenlos lieb, mir gab sie das Schicksal, und ich habe mich reich und glücklich in Ihrem Besitz gefühlt, — Ihnen gehörte Guses ganze erste Jugendliebe, Sie müssen sich daran genügen lassen und mir den Rest Ihrer Liebe gönnen, mit dem ich mich bescheiden und glücklich sein will.“ (Schluß folgt.)

der Kaiserin. Selbst der Kaiser durfte keinen Blick in die Blätter werfen, in welche die Kaiserin Auguste Victoria die intimen Geheimnisse ihres Lebens niedergelegt habe.

\* [Freisinnige Vereinigung und National-liberale.] Bei der Stichwahl zwischen Ennecker (nat.-lib.) und Hugo (soc.) in Oldenburg I., dem früheren Wahlkreis Hinzen, hatte dieser, nachdem er im ersten Wahlgange ausgefallen war, seine Parteigenossen in dringendster Weise aufgefordert, nunmehr für Ennecker zu stimmen. Der Correspondent der „W. Z.“ freut sich, berichten zu können, daß die liberalen Parteien Schulter an Schulter für Ennecker eingetreten sind.

\* [Nachwahl in Alzen-Bingen.] Die „Aöln. Ztg.“ schreibt: „Der freisinnige Abg. Träger hat sich noch nicht entschieden, ob er in Alzen-Bingen oder in Barel annehmen soll. Wie es heißt, soll in jedem Falle der Abg. Hinze entgegengestellt werden, da es aus verschiedenen Gründen als sehr wünschenswerth erscheint, daß ein Mann, dessen politische Redlichkeit sich in den vorhergehenden Verhandlungen so ausgezeichnet bewährt hat, dem Reichstage erhalten werde. Außerdem hat er, wie kein anderer, gerade jetzt Aussicht, freisinnige Stimmen auf sich abzuzeichnen und den Sieg zu sichern.“ Dazu bemerkt die „Aöln. Ztg.“: Woher die „Aöln. Ztg.“ diese Nachricht hat, wissen wir nicht; bezweifeln aber, daß Herr Hinze, der sich zur Zeit zur Kur in Karlsbad befindet, die Absicht hat, in Barel oder Alzen-Bingen zu kandidieren. (Schade. D. R.) „Wie es heißt“, würde Herr Träger das Mandat in seinem alten Wahlkreis Barel annehmen, in welchem Falle der in seinem bisherigen Wahlkreise in der Stichwahl unterlegene Herr R. Schmidt-Schmid in Alzen-Bingen aufgestellt werden würde.

\* [Zur Stichwahl in Hagen.] Durch Vergleichung der in den einzelnen Wahlbezirken am 15. und am 24. d. abgegebenen Stimmen stellt die „Hag. Ztg.“ fest, daß bei der Stichwahl zwischen E. Richter und dem Socialdemokraten Breil über 30 Prozent der im ersten Wahlgange für den nationalliberalen Kandidaten abgegebenen Stimmen auf den Socialdemokraten übergegangen seien, fügt aber hinzu: „Uebrigens wollen wir gern anerkennen, daß ein Theil der Nationalliberalen, die einsichtigen Elemente der Partei, für E. Richter gestimmt haben.“

\* [Der 14. deutsche Feuerwehrtag] wird vom 22. bis zum 24. Juli in München tagen. Das reichhaltige Programm der Versammlung leitet der Empfang der Gäste ein, welcher am 21. und 22. Juli auf dem Centralbahnhof stattfindet. Hieran schließen sich die feierliche Eröffnung der Ausstellung im südlichen Theile der Schranenhalle, die Vorführung ausgestellter Geräte im Uebungshofe der Berufs-Feuerwehr und am Abend des 22. Vorträge auf dem Gebiete der Feuer Sicherheit und des Feuerlöschwesens. Mit einer festlichen Zusammenkunft in verschiedenen Münchener Brauereikellern schließt der erste Tag. Nachdem am Sonntag, 23. Juli, Vormittags, der Aufmarsch der Feuerwehren und Huldigung vor dem Protector des deutschen Feuerwehrtags und des bayerischen Landes-Feuerwehr-Verbandes, dem Prinz-Ritter Lupold von Bayern, erfolgt ist, findet am Nachmittag eine Sitzung des deutschen Feuerwehrtags im Saale des Magistrats statt. Am folgenden Montag, den 24. Juli, wird sodann nach einer Uebung der Münchener Feuerwehr die Hauptversammlung (deutsche Feuerwehrtag) eröffnet. Hieran reiht sich eine Besichtigung der Feuerwehranstalten und Gehenswürdigkeiten der Stadt. Am Abend halten außerdem mehrere Landfeuerwehren der Umgegend ihre Übungen ab. Der 25. Juli ist ganz dem Vergnügen gewidmet, und für etwaige Ausflüge an den Starnberger-, Tegern-, Schlier- und Chiemsee sowie nach Garmisch, Tölz, Schwangau und Wolfratshausen stehen bei Besichtigung von größeren Gruppen die Generaldirektion der königl. bairischen Staats-eisenbahnen, bzw. die betreffenden Bahndienststellen mit 50 Prozent Preisermäßigung aus.

\* [Zu den deutschen Ausfuhrinkressen nach Russland] bemerkt die „Doss. Ztg.“: „Im Jahre 1889 führte Deutschland nach Russland Waaren ein im Wert von 124 Millionen Rubel oder 33 Proc. der Gesamtumsfuhr Russlands. Beiläufig bemerkt: In früheren Jahren als die russischen Einfuhrzölle noch nicht so hoch bemessen waren, hatte der deutsche Import die Höhe von über 200 Millionen Rubel erreicht, beispielweise im Jahre 1880 274 Millionen Rubel oder 49 Proc. der Gesamtumsfuhr. Mit der zunehmenden Verschärfung des russischen Zollsatzsystems, das seinen höchsten Ausdruck in dem Tarif vom Jahre 1881 fand, sind die deutschen Erzeuger immer weiter zurückgedrängt worden, zumal in den letzten Jahren, da der Rubelkurs eine weichende Richtung inne hielt. Während demnach für das Jahr 1889 das Interesse Russlands an der Ausfuhr nach Deutschland sich auf ca. 28 Proc. seiner Gesamtumsfuhr erhob, standte in demselben Jahre Deutschland nach Russland 196,9 Millionen Mark Waaren oder 6,5 Proc. seiner Gesamtumsfuhr. Im Außenverkehr Deutschlands nimmt Russland erst die sechste Stelle ein und steht gegenwärtig Russland mit der Schweiz auf der gleichen Höhe. Das sind sicherlich nicht zu unterschätzende Interessen, zumal wenn in Betracht gezogen wird, daß die deutsche Eisen- und Kohlen-Industrie des Ostens fast einzig auf den Export nach Russland angewiesen ist.“

\* [Die amtlich ermittelten Stichwahlresultate]

weichen in mehreren Wahlkreisen mehr oder minder erheblich von den bisher mitgetheilten Zahlenangaben ab, weshalb wir die betreffenden nach der gestrigen Verkündigung hier noch verzeichnen:

Rosenberg-Löbau: Abgegeben 15 706 Stimmen. Davon Dr. Kepnikowski (pole) 8218 Stimmen, v. Oldenburg (conf.) 7488 St.

Graudenz-Großburg: Abgegeben 20 421 Stimmen. Davon v. Rożnički (pole) 10 556 St., v. Kries (conf.) 9865 St.

Horn-Kulm: Abgegeben 21 709 Stimmen. Davon v. Glaski (pole) 11 850 St., Arähmer (conf.) 9859 St.

Dr. Arone: Abgegeben 10 278 Stimmen. Davon erhielt Geh. Ober-Regierungsrath Camp (freicons.) 5597 St., Dr. Lieber (Centr.) 4681 St.

Memel-Hendekrug: Abgegeben 14729 Stimmen. Davon Kaufmann Anker-Ruz (voraussichtlich freil. Berg.) 8687 St., Schlick (conf.) 6042 St.

Der Besitzstand der Parteien ist in Ost- und Westpreußen und den angrenzenden Bezirken durch die letzten Reichstagswahlen nicht erheblich verändert worden. Die Polen haben in Westpreußen ein Mandat (Marienwerder) verloren, dagegen in Bromberg und Allenstein je eins gewonnen. Die Conservativen gewannen den Wahlkreis Stolp-Lauenburg, wenn auch in Folge der kleinen Majorität von 5 Stimmen sehr unsicher. Stuhm-Marienwerder und Danzig Land verloren dagegen in Allenstein, letzteren an die Antisemiten. Das Centrum verlor zwei Mandate (Danzig Land und Allenstein-Rössel). Die freisinnige Volkspartei hat ihren einzigen Gtz. Tilsit-Niederung ebenfalls sehr unsicher behauptet, der Socialdemokratie blieb das einzige Mandat in Königsberg. Für die Liberalen bleibt allein die Erungenschaft in Memel-Hendekrug. Ob dieselbe der freisinnigen Vereinigung oder der freisinnigen Volkspartei zufallen wird, ist aber noch unbestimmt.

\* [Provinzialrath.] Heute trat hier unter dem Vorsitz des Herrn Oberpräsidenten der Provinzialrath der Provinz Westpreußen wieder zu einer Sitzung zusammen.

zu bleiben, als es den an der socialistischen Agitation beteiligten Akademikern gestattet sei, an den Vorlesungen Theil zu nehmen.

Darmstadt, 28. Juni. Beide Ständekammern billigten 3 Millionen Mark zur Linderung des durch den Futtermangel hervorgerufenen landwirtschaftlichen Notstandes. — Der Landtag wurde heute durch den Staatsminister Finger geschlossen.

#### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 28. Juni. Die Wiener ruthenischen Studentenvereine „Bukowina“ und „Sgy“ sind wegen Theilnahme einzelner Mitglieder an der Demonstration gegen den Erzbischof Sembratowicz von der Behörde aufgelöst worden. (W. T.)

#### Frankreich.

Paris, 28. Juni. Das Zuchtpolizeigericht verurteilte den Deputierten Boudeau (Boulanger) wegen Vertrauensmisbrauchs und Betruges zu 3 Jahren Gefängnis.

Gerüchteweise verlautet, die Regierung habe eine offizielle Beilegung an der Antwerpener Ausstellung im Jahre 1894 abgelehnt. (W. T.)

#### England.

\* London, 28. Juni. Entgegen früherer Meldung ist die Leiche des Admirals Sir Georges Tryon noch nicht gefunden, wohl aber sein Portefeuille, sein Teleskop und seine Mütze. (W. T.)

London, 28. Juni. Der Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz feierten heute im engsten Familienkreise im St. James-Palast das Fest der goldenen Hochzeit. Unter den ersten Glückwunschtelegrammen befand sich eines von der Königin Victoria. Die Familie des Jubelpaares hatte reiche Geschenke gesandt.

#### Rußland.

\* [Verein für Kinderheilanstalten an den deutschen Seeküsten, Bezirks-Verein Danzig.] Am Dienstag Mittag wurde im rothen Saale des Rathauses die diesjährige ordentliche Generalversammlung abgehalten, bei welcher der Betriebsbericht pro 1892/93 für die Kinderheilanstalt Joppot zum Vortrag gelangte und demnach der Vorstand des Bezirks-Vereins Danzig, bisher bestehend aus den Herren Geh. Sanitäts- und Medizinalrat Dr. Abegg, Vorsitzender, Sanitätsrat Dr. Semon, Schriftführer, Stadtrath Rodenacker, Schatzmeister, Landesbaudrath a. D. Oltmann, Beisitzer, in derselben Zusammenstzung wiedergewählt wurde. Aus dem erwähnten Bericht ist hervorzuheben, daß während des vergangenen Sommers 83 Pfleglinge, davon 17 durch den Magistrat der Stadt Danzig überwiesen, an 3167 Tagen in der Anstalt verpflegt worden sind. 55 Pfleglinge hatten ihre Heimath in Provinz Westpreußen; davon waren 39 Kinder aus Danzig. In Bezug auf die Krankheiten ist zu bemerken, daß es sich in 22 Fällen um Skrophulose mit ihren Erscheinungen, in 37 Fällen um Blutarmuth und allgemeine Körper Schwäche, bei den übrigen Pfleglingen um verschiedenartige Krankheitsercheinungen handelte. Von Bädern wurden 462 warme Saalbäder und 1858 Gebläde ertheilt. Entlassen wurden 52 Kinder als geheilt, 30 Kinder als gebessert und nur 1 Pflegling als ungeheilt. Die Durchschnitts-Gewichts-Zunahme betrug 1218,9 Gr.

\* [Ferien-Colonien.] Dem schon mitgetheilten Beschuß des hiesigen Comités für Ferien-Colonien entsprechend, werden am 1. Juli ausgesandt werden: Eine Mädchen-Colonie nach Carlsbad mit 18 kränklichen Kindern, eine Mädchen-Colonie nach ebendemselben Ort mit 18 kränklichen Kindern, eine Mädchen-Colonie nach Nickelswalde mit 32 kränklichen Kindern, eine Anabens-Colonie nach Junkerack mit 19 kränklichen Kindern, eine Anabens-Colonie nach Badenthal mit 20 kränklichen Kindern. Zu den Badesfahrten für Mädchen sind 133, desgleichen für Anabens 101 Kinder bestimmt.

\* [Provinzial-Schützenbund.] Wie uns Herr Rechtsanwalt Obuch in Graudenzen, der jetzige Vorsitzende, mittheilt, haben die bereits erwähnten Vorfälle in der General-Versammlung des Provinzial-Schützenbundes zu Danzig am letzten Sonntage nicht zur Auflösung des Bundes geführt. Die den Ausschuß bildenden Vorstandsmitglieder der hiesigen Schützengilde haben nur ihre Aemter niedergelegt und die Friedrich-Wilhelm-Gilde in Danzig hat gleichzeitig ihren Austritt aus dem Bunde angezeigt. Die Generalversammlung hat darauf erklärt, daß der Austritt der Ausschüsse möglich sei, die nur einen Bruchteil des aus Vertretern der sämmtlichen dem Bunde angehörigen Gilde und Vereine bestehenden Gesamtvorstandes bilden, den Bestand des Bundes nicht gefährden könne, daß der bestehende Vorstand die Geschäfte weiter zu führen habe, daß Graudenzen vorläufig mit den Functionen des bisherigen Ausschusses zu vertrauen sei und daß das III. Provinzial-Schützenfest, wie beschlossen, in Aulm in den Tagen vom 16. bis 18. Juli gefeiert werden wird. Der Vorstand der Graudenzer Gilde, an deren Spitze hr. Obuch steht, hat nun die Geschäfte des Ausschusses übernommen.

\* [Neue Eisenbahnwaggons.] Von einem noch näher zu bestimmenden Tage im Juli ab werden, zunächst für die Schnellzüge 3 und 4, zwischen Berlin und Würzburg einige durch Seitengang und Brücke mit einander verbundene vierachsige Personenwagen neuer Bauart eingestellt werden, welche sich durch ruhige Gangart und Bequemlichkeit auszeichnen. Die Plätze der Wagen sind numerirt. Die Benutzung dieser Wagen ist nur gegen Lösung besonderer Platzkarten zum Preise von 2 Mk. für die erste und zweite Klasse und von 1 Mk. für die dritte Klasse als Aufschlag zum gewöhnlichen Fahrpreise gestattet. Die weitere Ausstattung der Schnellzüge 1, 2, 3 und 4 mit den erwähnten Wagen, namentlich auch mit Wagen dritter Klasse, erfolgt im Frühjahr 1894.

\* [Ordensverleihung.] Dem Postmeister Schröder zu Christburg ist der Kronenorden 4. Klasse verliehen worden.

\* [Selentes Jubiläum.] hr. Pfarrer Baranowski in Ziesau begeht heute (am Feste Peter-Paul) sein 60-jähriges Priester-Jubiläum.

\* [Personalen beim Militär.] Der Secondlieutenant ten Höf vom 18. Infanterie-Regiment in Osterode ist an das Bezirks-Commando in Marienburg versetzt worden.

-s. [Verufsgenossenschaftliches Schiedsgericht.] In der heute unter dem Vorstehe des Herrn Regierungs-raths E. Meyer abgehaltenen Sitzung des Schiedsgerichts für den Bezirk I. der ostdeutschen Bienen-schiffahrts-Verufsgenossenschaft, bei der aus dem Stande der Arbeitgeber die Herren E. Berenz und Joh. J. aus Danzig und aus dem Stande der Arbeitnehmer die Herren Laucher Büchau aus Neufahrwasser und Majchniss Schreiber aus Danzig fungirten und die Genossenschaft durch Herrn Director A. Gibson vertreten wurde, kamen u. a. folgende Verurteilungen zur Verhandlung:

1. Der 74-jährige Condukteur Peter Schröder aus Danzig will sich im Oktober 1891 im Betriebe der Danziger Schiffahrts-Aktiengesellschaft „Weichsel“ beim Zurückschieben eines Anlegebreits einen rechtsseitigen Leistenbruch zugezogen haben. Bis zum 16. November hatte Schröder seine Arbeit fortgeführt, am 27. Mai v. J. ärztliche Hilfe des Bruchleidens wegen in Anspruch genommen und erst am 10. August v. J. von dem angeblichen Unfall eine Anzeige gemacht. Die erhobenen Entschädigungsansprüche wies die Genossenschaft zurück, weil der Unfall nicht erwiesen und das Bruchleiden nach ärztlichen Gutachten ein seit Jahren altes sei. Schröder legte gegen den Ablehnungsbescheid Berufung ein. Die ärztliche Annahme, daß sein Bruchleiden ein altes sei, sei irrig. Er habe, als er den einzigen Centner schweren sogenannten Rollwagen al. Anlegebreit von der Anlegebrücke auf den Dampfer gesjohten, sofort prahlende und stechende Schmerzen an der rechten Leiste empfunden und hiervon auch am anderen Tage dem Dampfschiffsführer Anzeige gemacht. Bis zum 16. November habe er freilich den Billedienst verschen, sonst aber keine Arbeit verrichtet. Als die Schmerzen sich steigerten, sei er am 27. Mai v. J. zum Krankenhausarzte Dr. Hinz gegangen, der einen Leistenbruch festgestellt und die Anlegung eines Bruchbandes verordnet habe. Durch den Unfall sei er gänzlich arbeits- und erwerbsunfähig geworden und beantragte er, ihm die gesetzliche Rente zu gewähren. Die Genossenschaft macht dem gegenüber geltend, daß, wenn der Bruch durch einen Unfall, also auf traumatischem Wege entstanden wäre, es für den damals 72-jährigen Schröder absolut unmöglich gewesen sei, auch nur die geringste Arbeit fortzuführen. Die Schmerzen seien bei derartigen Bruderherrscheinungen außerordentlich groß, daß sie den Betroffenen sofort gänzlich arbeitsunfähig machen. Die Thatsache, daß älterer die Arbeit noch einen Monat bis zum Schluss der Schiffahrt fortgesetzt habe, genüge vollends zum Nachweis, daß ein plötzliches Entstehen des Bruches durch einen Unfall herbeigeführt, nicht vorliege. Die Genossenschaft beantragt daher, die Berufung kostenlängig zurückzuweisen. Der Gerichtshof beschloß zunächst weitere Beweiserhebung.

2. Die Sitzung des am 17. Januar v. J. in Folge einer am 16. Januar ausgeführten Operation verstorbenen Fleischmachers Carl Dressel, Hermine Dressel, geb. Auhnel in Schulz erhob Rentenanträge, da die Operation an dem Beine, welches er sich im vergangenen Winter durch Ausgleiten auf dem Floßholz verletzt haben will, erfolgte. Die Anträge wurden indessen abgelehnt, weil ein Unfall im Sinne des § 1 des Gesetzes vom 6. Juli 1884 nicht vorliege, wogegen die Witwe Berufung einlegte und Vernehmung von 3 Arbeitern beantragte, welche gesehen haben, daß ihr Mann auf dem Floßholz hingefallen sei. Auch beruft sie sich über die Todesursache auf das Gutachten des Dr. Simon in Schulz. Indem die Genossenschaft Beruf nimmt auf die sich widerprechenden Gutachten des Dr. Jacobi, welches die Annahme eines Zusammenhangs der Todesursache mit einem Unfall widerlegt, beantragt die Abweisung der klägerischen Witwe, nach welchem Antrage der Gerichtshof auch erkannte.

Von den im ganzen verhandelten 10 Berufungs-klagen wurden in 4 Fällen Kläger abgewiesen, in einem Falle die beklagte Genossenschaft zur Zahlung von Rente verurteilt und in 5 Fällen neue Beweis-erhebung beschlossen.

[Polizeibericht vom 29. Juni.] Verhaftet: 2 Personen, darunter 1 Obdachloser. - Gefunden: 1 kleiner weißer Hund mit gelben Flecken, abzuholen. 4. Damm Nr. 11 bei Herrn Berendt; 1 Brosche, 1 Schlüssel, 1 Armband, 1 kleines gelbes Glas, 1 Korallenbrösch, 1 Taschentuch mit Papieren auf den Namen William Dotschewski; im Geschäft von Fürstenberg, Langgasse 77, zurückgeblieben: 1 Taschentuch, 1 Haftstuch, mehrere Reife Zeug, Handfuchu, 1 Umhagentuch, 2 Brochen, abzuholen im Fundbüro der königl. Polizei-Direktion. - Verloren: 1 Bibliothekbuch, 1 Trauring, 1 goldene Damen-Remontoiruhr mit Kette, abzugeben im Fundbüro der königl. Polizei-Direktion.

### Aus der Provinz.

F. Pelpin, 28. Juni. Der beim Transport, wie gestern berichtet, entsprungene Zuchthäuser ist heute früh in das hiesige Gemeindegefängniß eingeliefert worden. Gestern spät am Abend passierte er unsern Ort. Er beabsichtigte, sich nach Dirichau zu begeben. Nachdem der Polizei Anzeige erstattet worden war, wurde die Verfolgung sofort aufgenommen. Spät in der Nacht gelang es, den Verbrecher bei Gremblin in einem Weizenfeld liegend aufzufinden.

Tiegenhof, 28. Juni. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde mitgetheilt, daß der Bezirksausschuß den Vorschlag, die Aufbrüning der hiesigen Communalsteuer der Art zu bewirken, daß die Gebäude nicht weiter besteuert werden sollten, die durch die Deichsteuer schon hinreichend belastet sind, nicht zugestimmt hat. Es wurde beschlossen, statt 280 Proc. der Staatssteuer 240 Proc. der Einkommensteuer, 60 Prozent der Gebäude- und 50 Proc. der Gewerbesteuer als Communalsteuer zu erheben.

Elbing, 29. Juni. (Privattelegramm.) Heute Morgen wurden die Raubmörder Collin und Rosalie Schnaak durch den Schaftrichter Reindel aus Magdeburg hingerichtet. (Es ist dadurch der bekannte Raubmord und Raubmordversuch an den Geschwistern fast zu Prangenau bei Neustadt gesühnt worden.)

Graudenzen, 28. Juni. Die Rechnungen über die Kosten des Lutherfestspiels sind nunmehr zum Abschluß gekommen. Durch Herabminderung einiger Forderungen ist das Gleichtgewicht von Einnahme und Ausgabe in Höhe von fast 10 000 Mk. hergestellt. (G.)

Der hiesige Magistrat hat das abgebrannte Rathaus zum Verkauf ausgeschrieben, weil die Absicht besteht, das Rathaus zu verlegen. Eine Anzahl Bürger von Graudenzen protestiert nun energisch hiergegen und verlangt, den Verkauf der Grundstücke am Marktplatz 3/4 aufzuheben, und so schnell als möglich mit dem Neubau eines Rathauses auf diesem Platz vorzugehen.

h-h Lauenburg, 28. Juni. Heute begeht Herr Majoratscherr v. Regin-Wodke den Tag, an dem er vor 50 Jahren die Majoratscherrherrschaft Wodke übernahm. Aus diesem Anlaß ist ihm u. a. von der Stadt Lauenburg durch eine Deputation eine Glückwunschedresse überreicht worden, die die hohen Verdienste, welche Herr v. Regin sich um die Stadt erworben hat, hervorhebt. Vom Kaiser ist dem Jubilar der Kronenorden 2. Klasse verliehen worden.

Ein Wahlkursus, das aber sehr zu bedauern ist, hat sich in den hiesigen Wahlkreise in einer kleineren Ortschaft ereignet. Es erschien im Wahllokal ein Bürger, um seinen Stimmzettel abzugeben, aber siehe da, auf dem Thron stand zwar die Urne, es befindet sich aber im Zimmer weder der Wahlvorsteher noch dessen Stellvertreter. Es ergab sich nun, daß just um diese Zeit des Herrn Wahlvorstehers Bienen schwärzten und beide Herren hatten das Ereignis für wichtig genug erachtet, das Wahlgeschäft im Siche zu lassen. Die Wahl in dem betreffenden Bezirk musste in Folge dessen für ungültig erklärt werden. - Die heute auf dem hiesigen königl. Landratsamt durch den Wahlkommissarius Landrat v. Röller erfolgte Verkündigung des Wahlresultats für Solp-Lauenburg ergab, daß bei der Stichwahl von 26 216 Wahlberechtigten 22 191 Wähler Stimmen abgegeben haben, d. h. fast 85 Proc. Es erhielten, wie am Montag bereits telegraphisch berichtet, der conservative Hofbeamter Arthur Will-Schmeslin 11 083, der liberale Hofbeamter Wissert-Windischholzhausen 11 078 Stimmen. Gegen die Hauptwahl sind diesmal 3000 Stimmen mehr abgegeben worden. - Wie verlautet, wird das hier j. 3. gebildete Comité für die Vorarbeiten einer Eisenbahn-König-Wütow-Lauenburg-Leben mit Vorstädten an die Daseinstlichkeit treten, die dies so viel begehrte Project einem Ziele bedeutend näher rücken dürften.

Braunsberg, 28. Juni. Gestern kam vor dem hiesigen Schwurgericht eine Anklage wegen Mordes zur Verhandlung. Die Arbeiterin Elisabeth Albeck aus Reichenwalde ist im Dezember v. J. ihrer Entbindung entgegen. Sie befand sich in sehr ärztlichen Verhältnissen und hatte für ihre Kinder immer wenig Nahrung. Ihr Ehemann verbiente äußerst wenig, ging stets schon früh fort und kam erst spät Abend nach Hause. Eine Ruh hatten die Leute früher befestigt, jedoch war dieselbe krepit. Die Anklage kam darum auf den Gedanken ihr demnächstiges eheliches Kind, sobald es geboren, umzubringen. Dies geschah nun am 15. Dezember. Sie legte ihr Kind nach der Geburt in einen Krankenheimer, in den sie vorher etwas Wasser gegossen, so daß dasselbe ertrinken mußte. Die Leiche verbarg sie in einem Mühltopf unter ihrem Bett. Lange Zeit blieb derselbe dort wegen des gestorbenen Bodens unbegraben stehen. Erst als sich starker Geruch geltend machte, verscharrte sie die Leiche an einem in der Nähe befindlichen Graben, wo sie später nicht mehr vorgefunden wurde und wahrscheinlich durch das bald eingetretene Hochwasser weggeschwemmt ist. Die Angeklagte hatte die That logisch reumäßig eingestanden; ihr Ehemann erklärte, von der ganzen Sache nichts zu wissen. Die Geschworenen bejahten die Frage, daß die Angeklagte ihr Kind vorläufig getötet und daß sie die Tötung mit Überlegung ausgeführt habe. Demgemäß fällte der Gerichtshof gegen die Angeklagte das Todesurteil.

Aloken (Elblager Niederung), 27. Juni. Die Frau des Matrosen S. ging mit ihren beiden Kindern von elf und neun Jahren am rechtsseitigen Ufer des Ruhstromes entlang, um ihrem Mann zu erwarten, der um diese Zeit eintreffen sollte. Da der Reisekahn des Schiffs noch nicht in Sicht war, gestattete sie ihren Kindern, ein Bad zu nehmen. Der jüngere ging zuerst ins Wasser. Die Mutter wurde aber sogleich gewarnt, daß er keinen Grund sand. Ohne sich zu befinnen, sprang sie ihm nach und erschuf ihr Kind, jedoch der Strudel riss beide in die Tiefe. Der ältere Knabe lief nun, hilfe schreiend, am Ufer entlang. In diesem Augenblick kam das Fahrzeug des Schiffs, auf dem

sich der ohnungslose Vater befand, an die Unglücksstelle. Doch gelang es weder seinen Bemühungen, noch den inzwischen herbeigeeilten Helfern, Frau und Kind zu retten.

Tilsit, 28. Juni. Am gestrigen Tage geriet der Losmann Michael Kielet zu Stauken mit dem Schwieger-vater seines Brodherrn, Kenten Manten in Norwegen (Kreis Niederung), in Streit. Kielet holte sein Taschenmesser aus seiner Tasche hervor, öffnete dasselbe, sprang auf Manten zu und versetzte ihm einen Messerstich in den Unterleib; Manten brach sofort zusammen und gab nach einigen Minuten seinen Geist auf. Der Mörder wurde, bevor seine Tafelnahme erfolgen konnte, flüchtig. - 19 russische Auswanderer wurden gestern Abend auf dem hiesigen Bahnhofe angeschnitten. Da die die Annahme eines Zusammenhangs der Todesursache mit einem Unfall widerlegt, beantragt die Abweisung der klägerischen Witwe, nach welchem Antrage der Gerichtshof auch erkannte.

(Z. A. 3.)

Argenau, 27. Juni. Gestern Mittag zog ein Gewitter, von starkem Regen und schwachem Hagelsturm begleitet, über unsere Gegend. Ein Blitzaufschlag legte den großen Schaffall auf dem Vorwerk Grohendorf (zum Rittergut Wierschowitz gehörig) in Asche. Die Scheune war glücklicher Weise auf dem Felde. Die bereits brennende Scheune wurde von der Spritze der Zuckerfabrik und den beiden Argenauer Spritzen gelöscht.

Bromberg, 28. Juni. Bei der gestern stattgehabten Wahl eines Rabbiners für die hiesige jüdische Gemeinde wurde der Predigtkandidat Dr. Gottlieb Walther, welcher die hiesige Rabbinerstelle interimistisch schon seit längerer Zeit verwaltet hat, fast einstimmig gewählt. - Gestern fand im Geschäftshause wiederum eine Verlosung von zwölf Wohnungen an Werkstattarbeiter, welche Mitglieder des Wohnungvereins sind, statt. Die Mieten für diese aus drei Zimmern bestehenden Wohnungen bewegen sich in den Preisen von gegen 90-200 Mk. (D. pr.)

(Ers. v. 28. Juni)

**Landwirtschaftliches.**

\* [Import von Heu.] Da in Folge des die Landwirtschaft gegenwärtig heimsuchenden Futtermangels der Preisstand des Heues und anderer Futterkräuter eine außerordentliche Höhe erreicht hat, nimmt der überseeische Import von Heu täglich wachsende Dimensionen an. Aus Nordamerika sind bereits zahlreiche mit Heu beladene Dampfer nach den nothleidenden Ländern Europas unterwegs, einige davon auch schon an ihren resp. Bestimmungsorten eingetroffen. In Hamburg sind ebenfalls derartige Sendungen von mehreren tausend Ballen Preheu angebracht und haben flotten Absatz gefunden. Dem Eintreffen zahlreicher weiterer Heufrachten aus Amerika wird dagegen für die nächste Zeit entgegengesehen. Uebrigens dürfen die nothleidenden deutschen Landwirthe ihren Bedarf an Futterstoffen, zum Theil wenigstens, aus inländischen Beständen decken können, da in den Ostprovinzen, wo der Regenmangel milder verwüstend gewirkt hat, die Ernteverhältnisse einen, wenn auch nicht annähernd so großen Überfluß, wie in Normaljahren, des Ertrages über das eigene Verbrauchsquantum der Besitzer in Aussicht stellen. Insbesondere wird angeblich aus der Weichselniederung berichtet, daß dort die Heu- und Aleernte sich recht zufriedenstellend anläßt und von dem Provinzamt Thorn augenblicklich für gutes Pferdeheu aus der diesjährigen Ernte frei Magazin 3 Mk. gezahlt werden. Da aber in Süd- und Westdeutschland bei dem enormen Futtermangel die Preise schon auf 10 und 12 Mk. in die Höhe gegangen sind, so gehen viele Landwirthe der Weichselniederung mit der Absicht um, ihre Erntevorräthe auf dortige Märkte zu bringen.

(W. L.)

**Schiffssliste.**

Neufahrwasser, 28. Juni. Wind: SW.

Angekommen: Adele (SD.), Aribusfeld, Arie, Güter.

Gefegelt: August u. Eduard, Schäning, Hartlepool, Holz.

Geöffnet: Anna Elise, Strandberg, Röge, Delkuden.

Heia (SD.), Grothe, Köln, Güter. - Theodor, Bruns.

Arthus, Aleie.

29. Juni. Wind: SW.

Angekommen: Activa (SD.), Peters, Bremen, Güter.

Orient (SD.), Harcus, Grangemouth, Theer u. Güter.

Ephil (SD.), Bons, Newcastle, Kohlen.

Gefegelt: Vermessungsdampfer „Nautilus“ nach Stolpmünde.

Nichts in Sicht.

**Plehnendorfer Kanalliste**

28. Juni.

Schiffssäge.

Stromauf: 1 Dampfer mit div. Gütern, 1 Kahn mit Kohlen.

Stromab: B. Aulen, Reimannsfelde, 28 500 St. Ziegel.

Grams, - Joh. Alingenberg, Steinort, 14 000 St. Ziegel.

Wandel, - Jul. Gehring, Willeberg, 35 000 St. Ziegel.

Fri. Danielkirk, Lenzien, 33 000 St. Ziegel. A. Freder.

M. Kronen, Lenzien, 30 000 St. Ziegel. Grams,

D. „Julius Born“, Elbing, Stückgut, Röge, v. Rieben.

D. „Verein“, Königsberg, Stückgut, C. Berenz, Danzig.

## Neue Synagoge.

Gottesdienst.

Freitag, den 30. Juni, Abends  
7 Uhr. Sonnabend, den 1. Juli, Vor-  
mittags 9 Uhr.

An den Wochentagen: Abends  
7 Uhr, Morgens 6½ Uhr.

Statt besonderer Meldung.

Die glückliche Geburt eines  
kräftigen Jungen zeigen hoch-  
erfreut an. (4459)

Danzig, 28. Juni 1893

Herrn. Grünewald und Frau,

Emma, geb. Lewerent.

Statt besonderer Meldung.

Die glückliche Geburt eines  
munteren Knaben zeigen hoch-  
erfreut an.

Danzig, den 29. Juni 1893

A. Romplik, Reg.-Gehretair,

und Frau geb. Rölt.

Bekanntmachung.

Behufs Verklärung der Ge-  
unfälle, welche das Schiff „Blonde“, Capt. Jahn, auf  
der Reise von London nach

Danzig erlitten hat, haben wir

einen Termin auf

den 30. Juni 1893,

Vormittags 9½ Uhr,  
in unserem Geschäftskloake, Lan-  
genmarkt 43, anberaumt. (4505)

Danzig, den 29. Juni 1893.

Königliches Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

Behufs Verklärung der Geun-  
fälle, welche das Schiff „Orient“, Capitän Hareus, auf der Reise von

Leith und Grangemouth nach

Neufahrwasser erlitten hat, haben wir

einen Termin auf

den 30. Juni cr.,

Danzig, 29. Juni 1893.

Königliches Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

In der Untersuchungsache gegen  
Worm sollen der Arbeiter Fried-  
rich Wenzer (Wenfora), sowie

der Füller Johann Giedra,  
welche bei dem Füller Friedrich  
Worm in Dienst gestanden haben,  
als Zeugen vernommen werden.

Es wird wiederholt um Angabe

des gegenwärtigen Wohnortes

derselben ersucht.

Elbing, den 23. Juni 1893.

Der Untersuchungsrichter

bei dem Königlichen Landgericht.

Bekanntmachung.

Zu Folge Verfügung vom 19.  
Juni 1893 ist am 19. Juni 1893  
die in Lautenburg befindende  
Handelsniederlassung des Kauf-  
manns Ernst Adolf Buhowski  
ebendaselbst unter der Firma E.  
A. Buhowski in das diesseitige  
Firmenregister unter Nr. 63 ein-  
getragen.

Lautenburg, 19. Juni 1893.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Zum diesjährigen Sommer-  
markte hierstets dörfer

Pferde

vor dem 9. Juli, Mittags 12 Uhr,

Bieh

vor dem 12. Juli, Nachm. 4 Uhr,  
wobei auf den Marktplatz noch  
in die Stadt gebracht werden.

Zum Verladen von Bieh mit  
der Bahn sind kreislandsträglich  
bescheinigte Ursprungssattelle er-  
forderlich. (4475)

Wehlau (Ostpr.). 26. Juni 1893.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Fräulein Emma Oltendorf  
von hier ist heute nach vorzüglich  
bestandenen Examen als Mit-  
glied des Lehrpersonals der „S.  
Koch's Handels-Lehr-Anstalt“  
hier selbst aufgenommen.

Danzig, 28. Juni 1893.

S. Koch's Handels-Lehr-Anstalt.

Hermann Koch. F. Lippke.

A. v. Niedrowski. M. Dimanski.

H. Kornowski. P. Sebastian.

Bauholz

frische Dielen, Bohlen, Sleeperschalen, Balkenschalen,

eisene und fischene Bracketschwellen offerieren zu billigsten Preisen

Lietz & Heller, Holzhandlung.

Lagerplätze vor dem Werberthor und in Rückfort.

Comtoir: Röpergasse Nr. 24. (4490)

Loose à 1 Mark

in der

Expedition der „Danziger Zeitung“.

Medienb. Hypotheken- und Wechselbank.

Beleihung städtischer Grundstücke an Plänen von 6000 Ein-  
wohnern à 4½ % incl. Amortisation. In Danzig auch ohne  
Amortisation à 4½ %. (8551)

Wilh. Wehl, Danzig.

Eischränke und Gartenmöbel

empfiehlt in größter Auswahl

H. Ed. Axt, Langgasse 57—58.

Loose:

zur Trepower Pferdelotterie

à 1 M. zur Dirschauer Silberlotterie

à 1 M. zu haben in der

Exped. der Danziger Zeitung.

Schön- &

Schnellschrift-

Unterrichtertheil Herren u. Damen

unter Garantie des Erfolges

El. Graeske,

Hausthor 3, II. Treppen.

Ein Candidat des höh. Schul-

amts (beide Probejahr abso-  
lut) erh. währ. d. Sommerf.

in Sopot Schülern aller Allassen  
gründl. Privatunter. Ges. Off.

sub L. P. 389 an Rudolf Moosse.

Hundegasse 60 in Danzig erbeten.

F. G. Reinhold.

Dampfer - Expedition

Grangemouth-Danzig

S.S. „Dwina“,

Expedition 1. Juli cr.

Danzig - Leith-Greenock

Glasgow-Dundee

mit Umladung.

S.S. „Dwina“

gegen 10.11. Juli cr.

Güteranmeldungen erbeten bei

James Currie & Co.

Grangemouth.

F. G. Reinhold,

Danzig. (4445)

Rochschule,

Borf. Graben Nr. 62.

für den Rochkursus, welcher

am 7. Juli beginnt, werden noch

einige Anmeldungen dafelbst an-

genommen. (4381)

Lotterie zur Hannoverschen Silber-

lotterie a. M. 1.

Vorräths bei

Th. Bertling.

## Preußische Hypotheken-Aktion-Bau.

Bei der heute in Gegenwart eines Notars stattgefundenen  
Verlosung unserer Pfandbriefe wurden folgende Nummern ge-  
zogen:

a. 42. Verlosung 4½ % Pfandbriefe Serie I.

Lit. A. à 3000 M rückzahlbar mit 3600 M.

Nr. 182 219.

Lit. B. à 1500 M rückzahlbar mit 1800 M.

Nr. 123 258 296 455 500 683.

Lit. C. à 600 M rückzahlbar mit 720 M.

Nr. 33 122 467 888 1197 1280 1331 1332

Lit. D. à 300 M rückzahlbar mit 360 M.

Nr. 51 403 875 891 993 1198 1499 1770 1926 2056

2110 2119 2176 2236 2372 2466 2641 2780 2857 3039

3344 3492 3736 4141 4698 4738.

Lit. E. à 150 M rückzahlbar mit 180 M.

Nr. 145 191 216 533 840 1218 1226 1405 1539 2381.

b. 67. Verlosung 5% Pfandbriefe Serie VI.

Lit. L. à 2000 M rückzahlbar mit 2200 M.

Nr. 14 68 149 150 163 173 252 254 452 688 746 750

782 783 826 835 841 857 862 871 872 1219 1540 1549

1550 1903 1987 1991 2108 2115 2193 2205 2384 2453.

Lit. M. à 1000 M rückzahlbar mit 1100 M.

Nr. 154 372 378 482 777 832 922 972 1177 1243 1302

1322 1383 1588 1629 1638 1890 2250 2428 2460 2515

2522 2591 2824 3216 3323 3390 3440 3479 4859.

Lit. N. à 500 M rückzahlbar mit 550 M.

Nr. 47 713 734 761 917 1073 2894 2924 2936 2999 3011

3012 3456 3459 4766.

Lit. O. à 300 M rückzahlbar mit 330 M.

Nr. 70916 71390 72044 72048 72890 72907 72931 72970

73021 75058 76418 76922 77844 78688 79594 80458

Lit. P. à 200 M rückzahlbar mit 220 M.

Nr. 133 345 377 398 440 558 709 831 1026 1166 1353 1356

1358 1369 1385 1481 1818 1820 1862 1876 1883 1917

1968 2080 233 255 2616 2618 2626 2633 2658 2678

2680 2682 2685 2686 2692 2720 2722 2785 2787 2808

2825 2845 2849 2850 3073 3235 3329 3330 3343 3438

3458 3497 3506 3520 3663 3696 3754 396 4411 4451

4503 4605 4670 4908 4978 5393 5605 5614.

Diese Stücke werden vor je ab ausge

# Beilage zu Nr. 20201 der Danziger Zeitung.

Donnerstag, 29. Juni 1893.

## Landtag.

### Herrenhaus.

18. Sitzung vom 28. Juni, 12 Uhr.  
Am Ministerialthe: Miquel, Bosse, später Graf zu Eulenburg.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Berathung des Entwurfs eines Ergänzungsteuergesetzes, dessen unveränderte Annahme der Berichterstatter Freiherr v. Landsberg im Namen der Commission beantragt, nachdem er ausgeführt hatte, daß die Regierung für den Ausfall an Staats-Realsteuern einen Erfaß in der Ergänzung- bzw. Vermögenssteuer verlange.

Eine Generaldebatte wird nicht beliebt; in der Special-debatte wendet sich bei § 15.

Oberbürgermeister Becker-Köln dagegen, daß die Vermögenssteuer auch von den Lebensversicherungskapitalien, auch wenn sie noch nicht fällig sind, erhoben werden soll. Die Streichung der ganzen Bestimmung sei zu empfehlen, weil diese Kapitalien den Versicherten noch gar nicht unbedingt zufallen, weil sie oft von Vorbehalt abhängig sind. Die Besteuerung solcher Kapitalien ist eine bedenkliche Härte; die Streichung des § 15 würde auch im Abgeordnetenhaus kaum Widerspruch finden.

Freiherr v. Durant schließt sich diesen Ausführungen vollständig an.

Geh. Ober-Finanzrat Wallach gibt zu, daß die Lebensversicherungskapitalien zum Theil erst unter gewissen Vorbehälten dem Versichertem zugeschrieben; aber sie sind durch Rückkauf, Verpfändung u. s. w. auch schon oft sofort nutzbar zu machen. Deshalb — und weil für die verschiedenen Arten eine Grenzschiede nicht zu finden ist, müssen sie alle gleichmäßig behandelt werden. Die bei deutschen Gesellschaften versicherten vier Milliarden Kapital können doch nicht steuerfrei gelassen werden, sonst benutzt man diese Versicherung zur Steuerhinterziehung.

Freiherr v. Schorlemér-Alst erblickt in der Streichung des § 15 eine Verschlechterung des Gesetzes und eine Gefährdung desselben, nachdem der § 15 nur nach langen Verhandlungen im Abgeordnetenhaus zu Stande gekommen ist. Man sollte alles vermeiden, was geeignet wäre, das grohartige Steuerreformwerk zu gefährden.

Oberbürgermeister Becker-Köln weist darauf hin, daß man auch andere noch nicht fällige Forderungen verpfänden könne, trotzdem sind sie nach § 16 steuerfrei. Das ist eine Ungerechtigkeit und ein Widerspruch.

Finanzminister Miquel: Der Gerechtigkeit entspricht es, daß keine Form der Kapitalansammlung steuerfrei bleibt. Der kleine Mann, der sein Vermögen auf der Sparkasse anlegt, muß Steuer zahlen, marum soll derjenige, der sein Leben versichert, steuerfrei bleiben? Bleiben die Lebensversicherungen steuerfrei, dann muß auch die Behandlung der Amortisationsbeiträge bei den Landeshaften eine andere werden. Deshalb ist es bedenklich, die Sache an das andere Haus zurückzubringen. Die Steuerbefreiung ist nicht dazu da, eine besondere, wenn auch sozialpolitisch wichtige Einrichtung zu fördern.

§ 15 wird aufrechterhalten. Beim § 22, Veranlagungsverfahren, weiß

Finanzminister Miquel darauf hin, daß die Regierung mit dem Bericht auf die obligatorische Vermögensanzeige, welche sie immer noch für das Bessere halte, eine viel größere Reaktion ausübe, als das Herrenhaus bei seinem Bericht auf seine Anträge und Wünsche.

Im übrigen werden die einzelnen Paragraphen unverändert und ohne Debatte angenommen.

In Verbindung mit dem § 49 wird die Vorlage betreffend Beihilfe zu Schulhäusern berathen, wonach in den Jahren 1893—94 und 1894—95 je 2 000 000 Mk. zur Unterstützung solcher Bauten aus den Ueberschüssen der Einkommensteuer entnommen werden sollen. — Der Berichterstatter Freiherr v. Landsberg empfiehlt die unveränderte Annahme der Vorlage.

Freiherr v. Soltészky bemängelt es, daß aus den Ueberschüssen der Einkommensteuer Schulbauten unterstützt werden, statt die Vermögenssteuer zu ermäßigen.

Finanzminister Miquel und Cultusminister Bosse empfehlen die Bewilligung, um dem Nothstande auf dem Gebiete des Schulwesens entgegenzutreten.

v. Althig wendet sich gegen die luxuriösen Schulbauten und bedauert, daß man immer mehr Schulen einrichte, obgleich doch genug Gelegenheit zu lernen im preußischen Staate vorhanden sei. Es fehle aber an der nötigen Erziehung. Die Kinder der höheren Stände bleiben bis zu 19 Jahren unter der Aufsicht der Lehrer und Eltern, gehen dann in die Armee oder auf die Universität. Die Kinder der armen Eltern gehen aber mit dem 17. Jahre ins Leben und sollen gegen alle Versuchungen gefest sein. Man müsse die Freiheit der Minderjährigen aufheben, soweit nicht festgestellt ist, daß dieselben beim Verlassen des Unterhaltungswohnstiftes ihrer Eltern wieder unter Aufsicht kommen.

Cultusminister Bosse befreit, daß von Staats wegen Schulbauten luxuriös eingerichtet seien; von Seiten der Gemeinden sei dies manchmal geschehen, aber vom Staate sei immer auf möglichste Sparsamkeit gehalten worden.

Oberbürgermeister Bender-Breslau bemängelt, daß bei der Feststellung des Unvermögens der Gemeinden nach zu verschiedenenartigen Gründen verfahren werde. Nach einer Seite hin sei der Begriff sehr weit ausgehend, so erhalten kleine Gemeinden mit nur 50 v. h. Zufallszug zur Staatssteuer Alterszulagen für ihre Lehrer, die Städte erhalten dieselben trotz der schwersten Belastung grundsätzlich nicht.

Oberbürgermeister Bräcke-Bromberg empfiehlt, die Gelder nur zum Bau mehrklassiger Schulen auf dem Lande zu verwenden.

Der Gesetzentwurf betr. die Beihilfen zu Schulbauten und der Entwurf des Ergänzungsteuergesetzes werden darauf im ganzen genehmigt.

Es werden alsdann noch mehrere Petitionen von nur lokalem Interesse erledigt.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. (Communalabgaben-Besch.)

## Abgeordnetenhaus.

87. Sitzung vom 28. Juni, 11 Uhr.

Am Ministerialthe: Thielen, v. Henden.  
Der Abg. Hitze zeigt an, daß er am 13. Juni zum außerordentlichen Professor an der Akademie in Münster ernannt worden ist und sein Amt am 1. Oktober antritt. Die Frage, ob durch diese Ernennung das Mandat des Genannten erlost ist, soll durch die Geschäftsordnungs-Commission geprüft werden.

Für den verstorbene Abg. Barth wird der Abgeordnete Schumacher (freicons.) durch Zuruf zum Schriftführer gewählt.

Über die Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer für 1891/92, so weit sie sich auf die preußische Verwaltung beziehen, wird ohne Debatte die Decharge ertheilt. In Bezug auf die allgemeine Rechnung über den Staatshaushaltsetat von 1889/90 beantragt die Rechnungskommission die Entlastung der Staatsregierung auszusprechen, die stattgehabten Staatsüberschreitungen und außerkonventionelle Ausgaben im Betrage von 362 936 Mk. nachträglich zu genehmigen.

Abg. Schmidt-Warburg (Centrum) bemängelt, daß aus dem „Dispositionsfonds des Ministeriums des Panzers für unvorhergesehene Ausgaben“ Jahre hindurch recht bedeutende Unterstützungen an den evangelisch-kirchlichen Hilfsverein Berlin gegeben worden

sieien. Außerdem seien Zuwendungen an Vereine und Institute gemacht worden, die einen lediglich evangelischen Charakter hätten, sich aber in Gegenden befinden, wo die Bevölkerung überwiegend katholisch sei. Dagegen sei kein Groschen für katholische Institute ausgegeben worden. Hätte die Oberrechnungskammer nicht ein Monumtum gesogen, so wäre die Verwendung des Fonds ebenso dunkel geblieben wie früher. Wie komme es, daß der Fonds zu speziell evangelischen Zwecken verwandt werde. Das Haus müsse im nächsten Jahre sich Einsicht in die Verwendung des Fonds verschaffen. Die Regierung sollte auch katholische Institute beaufsichtigen. (Beifall im Centrum.)

Geheimrat Lindig: Es handelt sich bei diesen Ausgaben um die Zwangserziehung verwahrloster Kinder und um die Fürorge für entlassene Gefangene. Diese Ausgaben sind vom Hause gebilligt worden. Es handelt sich nicht um lediglich evangelische Zwecke. Die katholischen Vereine haben sich um Unterstützungen nicht gemeldet. Wenn das der Fall gewesen wäre, wären auch sie unterstützt worden, da ein Unterschied zwischen den Concessions nicht gemacht wird.

Abg. Birchow (freis). Vorsitzender der Rechnungskommission spricht die Erwartung aus, daß für die Zukunft, wenn auf die Verwendung des Fonds seitens des Hauses genauer Acht gegeben werde, die Wiederholung solcher Beschwerden überflüssig werden wird. Die Regierung habe anerkannt, daß das Verfahren ein unregelmäßiges sei und Abhilfemaßregeln erwogen.

Der Antrag der Rechnungskommission wird darauf angenommen.

Bei der Berathung des Berichtes der verstärkten Budgetcommission und des Berichtes der Rechnungskommission betreffend die Übersicht von den Staatsnahmen und -Ausgaben für 1891/92 gibt auf die Anregung des Abg. Sattler

Minister Thielen die Zahlen des Abschlusses der Eisenbahnverwaltung pro 1892/93 bekannt. Die Einnahmen waren auf 966 Millionen veranschlagt, sie haben 921 Millionen betragen, sind also um 45 Millionen zurückgeblieben, die Ausgaben sind um 14½, im Extraordinarium um 2 Millionen hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Der Minderüberschuss, welcher bei der Vorlage des Staats auf 61 Millionen veranschlagt war, beträgt demnach nur etwa 28 Millionen. Die wirklichen Einnahmen von 1892/93 haben sich gegen 1891/92 um 1 260 000 Mark verbessert. Die Minderausgabe von 14½ Millionen ist fast ausschließlich bei den technischen Statistiken erzielt worden; nur bei diesen ist auch in der Zukunft eine Erparnis zu erhoffen. Die Ausgaben für Löhne und Gehälter sind an und für sich als feststehend anzusehen. Das relativ günstige Wirtschaftsergebnis ist nicht etwa durch Unterlassung nothwendiger Ausgaben in den technischen Titeln herbeigeführt worden. Diese Zahlen gestatten den berechtigten Schluss, daß der Abschluß nach den strengsten Vorrichtungen der Vorsicht erfolgt ist und als durchaus solid auch vor der Kritik des Hauses bestehen wird. Wenn er unerwartet günstig geworden ist, so gehört der Dank vor allem den Beamten der Verwaltung, welche der Aufforderung sparsam zu wirtschaften, im vollen Maße nachgekommen sind. Die Einnahmen im laufenden Jahre 1893/94 sind für zwei Monate bereits zu übersehen. Der Lokalverkehr ergiebt ein Plus gegen das Vorjahr von 5 444 000 Mk. aus Personen- und Gepäckverkehr, aus dem Güterverkehr 3 800 000 Mk., zusammen etwa 9 300 000 Mk.

Die verstärkte Budgetcommission beantragt: 1) Die Überschreibung im Etat der Eisenbahnverwaltung zu genehmigen, 2) die Staatsregierung zu der Erwägung aufzufordern, ob nicht behufs Herbeiführung eines befreundeten Enteignungsverfahrens eine Änderung des Gesetzes über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. Juni 1874 nothwendig und unbeschadet der Rechte der Grundeigentümmer herbeizuführen wäre; 3) die Staatsregierung zu einer dahin gehenden Änderung des Gesetzes vom 27. März 1882 aufzufordern, daß der Staatshaushalt und die Staatsfinanzen besser als seither gegen die störenden Wirkungen der schwankenden Ueberschüsse der Staatsseisenbahnverwaltung geschützt, und der leichten nicht die Lösung ihrer wirtschaftlichen Aufgaben erschwert wird.

Abg. Schöller (freicons.) weist auf die Schäden hin, welche bei der Forderung neuer Bahnliniens durch die gegenwärtige Fassung des Enteignungsgegesetzes entstehen, dringt auf Abhilfe und eracht das Haus, die bezügliche Resolution der verstärkten Budgetcommission anzunehmen.

Abg. Hammacher (nat.-lib.) befürwortet als Berichterstatter der verstärkten Budgetcommission die Annahme der Resolution, welche die Abänderung des Garantiegesetzes erfordert.

Minister Thielen: Die Vorlage einer Abänderung des Garantiegesetzes werde in der nächsten Session wohl erfolgen. Die Anregung einer Änderung des Enteignungsgegesetzes sei sehr dankenswerth. Die Eisenbahnverwaltung sieht dieser hypothetisch gegenüber und auch sie empfiehlt die Uebelstände, welche dessen jehige Fassung mit sich bringe, sehr deutlich. Die Änderung sei aber eine sehr weit ausziehende Maßregel; es müsse daher versucht werden, auf administrativem Wege einen Theil dieser Uebelstände zu beseitigen, und zu diesem Zweck sei er bereits mit dem Finanzminister ins Benehmen getreten.

Abg. Rickert: Ich erkenne gern an, daß die Eisenbahnverwaltung mit großem Eifer dahin gewirkt hat, den ungünstigen Abschluß in einen minder ungünstigen zu verwandeln. Aber eine Beruhigung für die Zukunft finde ich darin nicht. Irgend eine ungünstige Conjuratur kann allen Eifer, alle Mühen vergebllich machen. Es ist richtig, bei den technischen Titeln ist 1892/93 mehr erwartet (um 3 Proc.) als 1891/92, aber kann der Minister wirklich die volle Verantwortung für die Richtigkeit der Mittheilung übernehmen, daß nirgend am unrechten Orte gespart ist? Es mag ja die Anordnung getroffen haben, aber er hat die Ausführung der ihm unterstellten Behörden nicht in der Hand. Außerdem muß man immer im Auge behalten, daß die Gehälter der Eisenbahnbeamten — daß ist ihnen in Aussicht gestellt — erhöht werden müssen. Auch dieser Punkt verdient eine Berücksichtigung für die Zukunft. Der Eisenbahnetat bleibt immer ein ganz unsicherer Factor. Dafür kann der Eisenbahnminister nichts, auch wir nicht; das ist die Folge des Eisenbahnverstaatlichung. Wenn der Abg. Hammacher hinsichtlich der neuen Garantiegegesetz verlangt, so will ich diesem harmlosen Verlangen nicht entgegenstehen, ich bin aber neugierig wie dasselbe aussehen soll. Die Herren Minister sagen, sie arbeiten mit grossem Eifer daran. Könnten sie uns nicht wenigstens ein wenig darüber verraten? Aber das Gesetz mag sehr schön sein und das Entzücken des Abg. Hammacher erregen — es ist kein Schutz dagegen, daß die bisherige Praxis doch bleibt. Ein früherer Finanzminister hat erklärt, daß die Verwaltung und der Landtag sich so einen Zwang nicht gefallen lassen können. Es wird daher gut sein, etwas Wasser in den glühenden und funkenden Wein des Herrn Hammacher zu gießen.

Abg. Hammacher bleibt den Ausführungen des Abg. Rickert gegenüber dabei, daß die Forderung der Commission auf dem Wege einer Abänderung des Eisenbahngarantiegesetzes sehr wohl erfüllt werden könnte.

Unterstaatssekretär Meinecke: Der Finanzminister ist verhindert, zur Zeit im Hause zu erscheinen, würde aber, wenn er hier wäre, dem Wunsche des Abg. Rickert nicht entsprechen können, die Richtung anzugeben, in welcher die Reform des Garantiegesetzes sich zu bewegen hätte. Die Vorlage muß in Vorbesprechungen

zwischen den verschiedenen in Betracht kommenden Fessoren vorbereitet werden, und in diesem Stadium ist daher eine Neuherierung über die Richtung der Reform nicht thunlich.

Es werden darauf die Anträge der verstärkten Budgetcommission und der Antrag der Rechnungskommission, die Staatsüberschreitungen und außerkonventionellen Ausgaben vorläufig zu genehmigen, mit großer Mehrheit angenommen. Auch der Gesetzentwurf betreffend die Deckung der Ausgaben des Rechnungsjahrs 1891/92 wird in zweiter Lesung auf Grund des Antrages der Rechnungskommission unverändert angenommen, so daß die nicht gebürgten Ausgaben im Betrage von etwa 43 Millionen Schuldenverschreibungen veräußert werden sollen.

Es folgt der Antrag der Abg. Eckels und Gen.: Die Staatsregierung zu ersuchen, den am 1. September 1891 und 17. Dezember 1892 versuchsweise eingeführten Ausnahmetarif mit ermäßigten Streckenföhren (Staffeltarife) für Getreide, Mühlen- und Malfabrikate schleunig wieder aufzuhören.

Zugleich hiermit wird berathen, weitere Ermittlungen über die Wirkungen der Staffeltarife für Getreide, Mühlen- und Malfabrikate anzustellen, da die bisherigen Erfahrungen sich auf zwei anormale Jahre stützen, woon das eine mit außergewöhnlich hohem Ernteertrag, ferner eine Frachtermäßigung auch auf kürzere Entferungen in Erwägung zu ziehen.

Abg. Eckels geht ausführlicher auf die Geschichte der Staffeltarife ein und zeigt, daß dieselben so gut wie gar keine Wirkung gehabt haben. Diese Tarife werden am 1. September zwei ganze Jahre bestehen, ohne der Landwirtschaft irgendwie genügt zu haben, und sie werden von der Verwaltung dennoch beibehalten. Der Verdacht, daß es sich um ein finanzielles Geschäft handle, wird von der Verwaltung durchaus zurückgewiesen; sowohl Herr v. Maybach, wie der jetzige Minister lehnen diesen Standpunkt entschieden ab. Wenn also das Interesse der Eisenbahn nicht in Betracht kommt, läßt sich ein vernünftiger Grund für die Aufrechterhaltung dieser Ausnahmetarife nicht ausfindig machen. Das Getreide wird auf den preußischen Bahnen geradezu spazieren gefahren, um irgendwie von den Staffeltarifen zu profitieren; diesem wirtschaftlichen Schaden gefallen sich noch andere hinzu. Für die Tarife wird geltend gemacht, daß sie den Osten aufheben und es wird bestritten, daß der Westen dadurch benachteiligt wird. Letzteres ist aber trotz allerdem der Fall, nachdem sich die alten Tarife im Westen seit lange eingebürgert hatten. Die Staffeltarife haben eine ganz ungeheure wirtschaftliche Umwandlung gebracht. In solchen praktischen Fragen sollte doch die graue Theorie nicht entscheidend sein. Die Unterstüzung der östlichen Provinzen wird auch von gewichtigen Stimmen aus den östlichen Provinzen selbst bestritten. Redner bezieht sich unter wörtlicher Anführung der betreffenden Stellen auf die Berichte der Handelskammern von Breslau, Posen und Oppeln. Es sei doch ungerecht, wenn einer Provinz geholfen werden sollte, dies zu thun auf Kosten und unter Benachteiligung anderer Provinzen. Auch im Westen gäbe es Landstriche, welche ebenso und noch mehr zu leiden hätten, als der Osten, namentlich seitdem in diesem Frühjahr ein so großer Futtermangel eingetreten sei. Die Mühlenindustrie ist ebenso schwer getroffen durch die Staffeltarife, noch mehr aber, wie Redner ausführlich darlegt, die Malfabrik. Lediglich für die österreichischen Malfabriken seien die preußischen Staffeltarife von Vorteil. Ich empfehle Ihnen daher die Annahme unseres Antrages Schöller, der die tatsächlichen Verhältnisse gänzlich verkannt. Möge man doch den Identitätsnachweis aufheben, um der Landwirtschaft des Ostens zu helfen.

Minister Thielen: Es ist eine ganz ungewöhnliche Lage, daß der Minister sich verantworten soll wegen einer Tarifermäßigung; in der bisherigen Praxis habe ich sehr oft das Gegenteil erlebt. Im wesentlichen ist die Tarifermäßigung auf die Anregung beider Häuser des Landtages zurückzuführen. Eigentlich ist es, daß an demselben Tage, wo dieser Antrag auf der Tagesordnung steht, ein neuer Staffeltarif hat eingeführt werden müssen mit sehr erheblichen Ermäßigungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zwar wesentlich auf Andrägen derjenigen Landestheile, welche die eifrigsten Förderer der Staffeltarife sind. Die abnormalen Mittelverhältnisse haben nicht nur die Erträge der Futtermittel in weiten Strecken des Landes fast vernichtet, sondern leider das Wachsthum der Brotrüben und des Hafer in manchen Landestheilen so beeinträchtigt, daß eine ungünstige Ernte zu erwarten ist, während andererseits auch eine günstige Ernte teilweise erwartet werden kann. Angesichts dieser Umstände das wirksamste Ausgleichsmittel zwischen Mangel und Ueberschuss an Getreide aufzuheben, scheint mir doch mindestens bedenklich. Die Staffeltarife werden tatsächlich als Notstandtarife bezeichnet. Allerdings war die beobachtete Einführung derselben die Folge acuter Notstände, aber die beiden Häuser des Landtages haben eine Maßregel als wirtschaftlich und finanziell erwägenswert an, welche die Tarife mit wachsender Entfernung für diese Produkte ermäßigt. Die Regierung hat die Unterstüzung darüber auf Antrag des Landtages angestellt und ist auf die Überzeugung gekommen, daß die Maßregel richtig ist im allgemeinen und für die besonderen Verhältnisse der Produktion und des Bedarfs in Preußen. Der umständliche Weg der Befragung der Eisenbahnträge könnte nicht betreten werden, es war nötig, sofort einzutreten. An sich ist die Maßregel von fiskalischen Erwägungen völlig unabhängig. Die Regierung hat sie nicht eingeführt, um erhöhte Einnahmen zu erzielen; sie wird sie auch nicht deswegen etwa aufrecht erhalten, wenn ihr wirtschaftlicher Einfluß schädlich ist. Diese Überzeugung hat aber die Regierung bis jetzt bezüglich des Getreides nicht gewonnen, auch nicht bezüglich der anderen Fabrikate. (Beifall rechts) wenn auch die Verhältnisse für Mühlenfabrikate und Malf anders liegen. In letzterer Beziehung finden bereits einige Erwägungen statt, sind aber noch nicht abgeschlossen. Vor dem 1. Oktober könnte ohnehin eine Änderung nicht eintreten. Der Körnerbau der östlichen Provinzen ist auf sehr ungünstige Abschlagswege angewiesen; namentlich ist der Weizenweg sehr mangelhaft und nachteilig. Maßregeln zur Aufbesserung der ungünstigen Lage der nördlichen und östlichen Landwirtschaft müssten ins Auge gefaßt werden. Die Regierung ist sich der schweren Verantwortung durchaus bewußt, welche mit der Verstaatlichung der Eisenbahn auch in dieser Beziehung auf ihre Schultern gelegt ist; diese Verantwortung wird ihr durch die Beiräthe nur teilweise abgenommen. Diese Beiräthe bestehen aus Interessenten; es genügt nicht, daß der Landeseisenbahnrath mit 17 gegen 16 Stimmen diese oder jene Maßregel empfiehlt oder widerrät. Wir haben seiner Zeit die Staffeltarife ohne Befragung derselben eingeführt, denn es mußte schneidig etwas geschehen, um der östlichen Landwirtschaft zu Hilfe zu kommen. Eine einfache Tarifherabsetzung ist ja auch vielfach gelegt worden, aber dieser Weg hatte noch viel erheblichere Bedenken gegen sich. Ein finanzielles Risiko von 10 Mk. war das schwerwiegende darunter. So empfahlen sich die Staffeltarife als das beste Auskunftsmitittel; weder bot es ein finanzielles Risiko, noch br

